

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Zugpreis: 2.50 Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.50 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Geisenheim
35 &, auswärtiger Preis 40 &. Reklamezeile 100 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanschluß Nr. 123 Amt Rüdelsheim am Rhein.

Nummer 146.

Dienstag den 14. Dezember 1920.

20. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 10. Dezember.

Seine Anfragen.

Bei Beginn der Sitzung wird eine Anzahl kleiner Anfragen beantwortet. Abg. Wiener (Dnail.) führt Beschwerde, weil alle Ladengeschäfte in der Zeit von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens geschlossen sein müßten. Diese Regelung sei zu schematisch. Vom Regierungstische wird mitgeteilt, daß Erleichterungen der bestehenden Vorschriften zulässig sind. Auch der Straßenhandel ist umsatzsteuerpflichtig.

Etat des Reichsernährungsministeriums.

Darauf wird die allgemeine Anfrage zum Haushalt des Ernährungsministeriums fortgesetzt. Der Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes Abg. Dr. Böhm (Dem.) lehnt eine Sozialisierung der Düngeindustrie ab und tritt für die Beibehaltung der Zwangsbeziehung von Brotgetreide und Milch ein.

Reichsminister Dr. Hermes und sein preußischer Kollege, Landwirtschaftsminister Braun, weisen verschiedene gegen sie erhobene Vorwürfe zurück, u. a. wendet sich der letztere gegen die Behauptung, daß die preussischen Beamten sich der Durchführung des Reichsflüchlingsgesetzes widersetzen.

Im Hause sind nur noch etwa ein Dutzend Abgeordnete anwesend, acht davon sind als Redner vorgemerkt. Ihre Ausführungen betragen wenig mehr als das, was nicht schon an den drei vorhergegangenen Tagen gesagt worden wäre. Am Schluß der gähnenden Leere des Hauses wird die Beratung schließlich vorzeitig abgebrochen und auf Dienstag, den 14. Dezember, vertagt.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 10. Dezember 1920.

Seine Vorlagen.

Nach Erledigung einer Reihe von kleinen Anfragen wird der Entwurf über Änderung des Gesetzes über Feuerungsbeihilfen zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwältinnen und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten in sämtlichen drei Besonderen unanversetzt angenommen.

Es folgt die Beratung der Anordnung über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften. Nach längerer Debatte ergibt sich bei der Abstimmung die Beschlußunfähigkeit des Hauses, was eine Unterbrechung der Sitzung von zehn Minuten erforderlich macht.

Etat der Bergverwaltung.

In der zweiten Sitzung wird die Beratung des Etats der Bergverwaltung fortgesetzt.

Minister Fritzsche gibt einen Überblick über die diesjährige Kohlenförderung. Wir haben eine Gesamtförderung von 133 Millionen Tonnen gegen 190 im Jahre 1913. Die arbeitstägliche Förderung im Ruhrgebiet beträgt jetzt 280 bis 300 000 Tonnen gegen 225 000 Tonnen im Januar d. Js. Die Regierung erkennt dankbar an, daß die Bergleute ihre volle Pflicht tun. Überall in der Industrie machen sich die Folgen des Spa-Abkommens in der mangelnden Kohlenversorgung bemerkbar. Der Minister lehnt eine Sozialisierung des Bergbaues ab, da eine Sozialisierung nur Sinn hat, wenn der Allgemeinheit genützt wird und nicht unter ungünstigeren Bedingungen erzeugt wird und wenn sich die an der Erzeugung Beteiligten dabei wohl fühlen.

Der Reichsnationale Martin pflichtet dem Minister in der Sozialisierungsfrage bei. Ein armes Land könne sich ein Experiment von dieser Tragweite nicht leisten.

Abg. Langer-Oberhausen (D. Sp.) warnt davor, durch Umstellungen im Kohlenbergbau unnötig zu experimentieren. Das können wir uns nicht leisten, weil wir unter dem Druck des Spa-Abkommens und der Wiedergutmachungsverpflichtung stehen.

Hier vertagt sich das Haus auf Sonnabend.

— Berlin, 11. Dezember 1920.

Der Verghaushalt bewilligt.

Vor Eintritt in die Etatsberatung wird die erste Beratung der Grundsteuervorlage, die nach dem Willen des mehrheitssozialistischen Finanzministers Lüdeman und des preussischen Kabinetts noch vor den Reichswahlen verabschiedet werden soll, nach längerer Debatte unter großem Widerspruch der sozialistischen Parteien von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Entwurf über das Gemeindevahlrecht in Belgien, wonach das Wahlrecht an das Erfordernis einer fünfjährigen Ortszugehörigkeit geknüpft ist, wird ebenfalls gegen die Stimmen der Sozialisten in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Haushalt der Bergverwaltung wird nach kurzer Aussprache in zweiter und dritter Lesung bewilligt. Das in Zusammenhang mit dem Etat beratene Gesetz zur Aufhebung von Steinkohlen wird ebenfalls in allen Lesungen gegen die Stimmen der Sozialisten angenommen.

Das Haus beginnt schließlich noch die zweite Beratung des Etats der Bergverwaltung und vertagt dann auf Dienstag, 14. Dezember.

Reichswirtschaftsrat.

— Berlin, 10. Dezember.

Das Gesetz über die Betriebsbilanz.

Der Reichswirtschaftsrat ist am Freitag nach viermonatiger Pause wieder zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stand das Gesetz über die Betriebsbilanz und die Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung, das im Reichsrat bereits ohne wesentliche Änderungen angenommen worden ist.

In der Debatte wurde Klage darüber geführt, daß der Reichswirtschaftsrat in dieser Angelegenheit wieder einmal völlig ignoriert worden ist. Von Arbeitnehmerseite wurde betont, daß der Betriebsrat aus der Handelsbilanz einen genauen Einblick in die Geschäftsvorgänge nicht gewinnen könne. Die heutigen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches reichen schon nicht mehr zur Verhinderung von Verschleierungen bei der Handelsbilanz aus. Die Betriebsbilanz dagegen soll den Betriebsräten Einblick gewähren in die inneren Betriebsverhältnisse, in die eigentliche Bedeutung der Abschreibungen. Darum müsse klar festgelegt werden, was unter einer Handelsbilanz zu verstehen ist. Der Paragraph 72 des Betriebsrätegesetzes müsse dahin abgeändert werden, daß die Bilanz in allen Betrieben vorgelegt werden muß, in denen ein Betriebsrat besteht, nicht nur in denen, die mehr als 300 Arbeiter beschäftigen.

Reichsjustizminister Heinze wies das Bedenken der Arbeitnehmer zurück. Das Betriebsrätegesetz nehme klar und eindeutig Bezug auf die Handelsbilanz mit der Einschränkung, daß sie sich nicht beziehe auf das Privatvermögen des Unternehmers. Allerdings können nicht die Unterlagen zur Bilanz gefordert werden. (Hört! Hört!) Dieser Sinn des Betriebsrätegesetzes sei bei den Beratungen unzweideutig festgelegt worden. Die Arbeitnehmererschaft erhoffe durch dieses Gesetz weitgehende Rechte zugebilligt. (Beifall.)

Die zweite Lesung der Vorlage soll am Dienstag stattfinden.

— Berlin, 11. Dezember 1920.

Landwirtschaft und Ernährungsfragen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt der Vertreter des Gastwirteverbandes Fuchs Einspruch gegen die Schließung der Berliner Hotels. Jetzt plant der Reichstag noch eine weitere Verschärfung der Bauschließung (Bauzettel: Mit Recht). Dann zwingen Sie uns auf die Straße zu gehen und die Betriebe zu schließen.

Darauf berichtet Staatssekretär a. D. August Müller über die Beschäfte des Unterausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Der Unterausschuß hat die Aufhebung der Zwangswirtschaft bewilligt. Aufrechterhalten soll sie bleiben für Getreide, Milch und Butter bis zum Herbst 1921. In Bezug auf das Brotgetreide ist man auf der Suche nach einer neuen Form der Bewirtschaftung. Die Mengen, die heute von der öffentlichen Wirtschaft erfährt werden, sinken rapide, und es unterliegt keinem Zweifel, daß nach diesem System nicht weiter gewirtschaftet werden kann. Bezüglich der Düngeindustrie schlägt der Redner vor, durch Freigabe eines Teiles der Ausfuhr die Preise zu erniedrigen.

Abg. Dr. Köpcke (Bund der Landwirte) nimmt die Landwirte gegen die zahlreich erhobenen Angriffe in Schutz. Die Landwirte seien ihrer Ablieferungsverpflichtung durchaus nachgekommen. Vielmehr seien die Kartoffeln auch umsonst geliefert worden. Die Preise müssen den gesteigerten Produktionskosten angepaßt werden.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes warnt vor einer Uebertriebung der Agitation bezüglich des Abbaues der Zwangswirtschaft. Er selbst sei durchaus ein Anhänger des Abbaues, aber es müsse jetzt eine gewisse Pause eintreten. Bei Brotgetreide, Milch, Butter und Butter sei eine weitere Forderung der öffentlichen Bewirtschaftung mit Rücksicht auf die notwendige Versorgung der Verbraucher nicht möglich. Die Vorarbeiten für eine Umformung der Getreidebewirtschaftung sind bereits in Angriff genommen. Zu einer katastrophalen Beurteilung der Brotgetreidelage liegt kein Anlaß vor. In Bezug auf die Gestaltung des Düngeverbrauchs glaubt der Minister an eine allmähliche, natürliche Besserung der Verhältnisse.

Die Düngeindustrie habe schon den Weg der Kreditierung an die Landwirte beschritten. Die Freigabe des Zuckers kann noch nicht in Aussicht gestellt werden.

Abg. Stinnes (Industrie) wandte sich in scharfen Ausführungen gegen die Regierung, die unbegreiflicherweise das in anderen Ländern mit gutem Erfolg angewandte System des Austausches von Mais gegen Brotgetreide beim Landwirt nicht angewandt habe. Es ist dafür zu sorgen, daß sofort bei der augenblicklichen günstigen Konjunktur des Weltmarktes die erforderlichen Mengen Mais schleunigst eingekauft werden. Die Millionen oder Milliarden zur Verbilligung der Dünge sind das billigste Mittel zur Hebung der nächsten Ernte. Das Geld bleibt im Lande.

Der Vorkreis vom Zentralverband der Konsumvereine wendet sich gegen die Freigabe des Stickstoffes zur Ausfuhr. Die künstlichen Dünge Mittel sollen der

Landwirtschaft zu billigen Preisen geliefert werden, über die Landwirte müssen sich denn auch zur Gegenleistung von Getreide verpflichten.

Frau Mühsa (Hausfrau) spricht von den Sorgen der Hausfrau. Sie bemängelt die schlechte Zuckerverteilung, sowie die mangelhafte Belieferung mit Kartoffeln. Dann aber kann jetzt seine Arbeiter mit Kartoffeln beliefern, der Mittelstand ist aber auch da und braucht Kartoffeln.

Herr Thomas (Arbeitnehmer) erhebt schwere Angriffe gegen die Landwirtschaft. Die rheinischen Bauern hätten ihre Pflicht nicht getan, sie hätten sich „gesund gemacht“.

Die Beratung wird abgebrochen und auf Montag vertagt.

Eine Erholungsfrist für Deutschland.

Frankreichs Vorschlag für die Wiedergutmachung.

Am 10. Dezember begannen in Brüssel die Verhandlungen der Sachverständigen über die Wiedergutmachungsfrage, an der auch deutsche Delegierte unter der Führung des Staatssekretärs Bergmann teilnehmer werden. Damit wird endlich der erste Schritt zur Feststellung der finanziellen Verpflichtungen Deutschlands gemacht.

Zunächst soll das Material gesammelt und geordnet werden. Die deutschen Delegierten, die als gleichberechtigte Mitglieder zu der Konferenz geladen sind, sollen, wie Reuter sich ausdrückt, aufgefordert werden, mit offenen Karten zu spielen und den Alliierten mitzuteilen, zu welchen Zahlungen Deutschland imstande ist, und zwar für die beiden Fälle, ob es Oberschlesien behält oder verliert. Das Material wird dann dem Wiedergutmachungsausschuß übergeben werden, der alsdann der in Spa angeregten Konferenz in Genf festumrissene Vorschläge über die Höhe der Wiedergutmachungssumme und der deutschen Leistungen unterbreiten wird.

Ueber die Art der Festsetzung der Entschädigungssumme, die für Deutschlands Zukunft auf Jahre hinaus entscheidend sein wird, herrscht noch keine Einigkeit unter den Alliierten. Voraussichtlich wird die Frage in Brüssel einer ersten Erörterung unterzogen werden. Neuerdings sind in der französischen Presse mehrere beachtenswerte Vorschläge für die Wiedergutmachung gemacht worden. So wurde in dem offiziellen Organ der französischen Regierung, dem „Temps“, von einigen Tagen angeregt, man solle sich zunächst über gewisse grundsätzliche Fragen der Wiedergutmachung einigen. Er wirft die Frage auf, ob es nützlich ist, bereits jetzt die gesamte Entschädigungssumme festzusetzen, oder ob es nicht besser wäre, die Aufstellung unwahrscheinlicher Zahlenreihen fallen zu lassen und lieber darauf zu beschränken, den Wert festzustellen, den die zerstörten Güter zurzeit der Zerstörung hatten, und die zukünftigen Kosten nur in Umrissen aufzustellen.

Ferner stellt der „Temps“ die Frage, ob man überhaupt die künftige Zahlungsfähigkeit Deutschlands abschätzen soll oder ob es sich nicht mehr um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands handelt.

eine Erholungszeit von zwei bis drei Jahren

zu lassen, nach deren Ablauf man genau wissen wird, was Deutschland wirklich jährlich zu zahlen imstande ist.

Dieser Gedanke einer mehrjährigen Schonzeit für Deutschland wird von dem französischen Politiker Jean Berthelette aufgegriffen und weiter ausgearbeitet. Auch er hält eine Feststellung der Jahreszahlungen für die kommenden drei Jahre nicht für richtig. Statt dessen will er sich damit zufriedengeben, daß Deutschland in diesen drei Jahren gewisse Naturalleistungen und auch ein ganz bestimmtes Quantum Arbeit übernimmt, ohne daß das Normalbetriebsleben in Deutschland darunter zu leiden habe.

Vor Ablauf der dreijährigen Erholungsfrist sollten dann die Jahreszahlungen in gleichen unveränderlichen Beträgen festgesetzt werden. Berthelette will die Erholungsfrist jedoch nur dann bewilligen, wenn Frankreich die Gewähr gegeben wird, daß die Erholungsfrist von Deutschland nicht benutzt werden kann, sich der späteren Verpflichtungen zu entziehen. In jedem Falle müsse Deutschland während der „Schonzeit“ mit Lebensmitteln und Rohstoffen versehen werden.

So begrüßenswert es bezeichnet werden muß, daß man in Frankreich endlich etwas Verständnis für Deutschlands Notlage zeigt und ihm angeblich eine kurze Frist zum wirtschaftlichen Wiederaufbau gewähren will, erscheinen uns die französischen Vorschläge in der eben dargelegten Form keineswegs annehmbar.

Was zunächst die Festsetzung der Gesamtentschädigung betrifft, so hat Deutschland gerade ein großes Interesse daran, möglichst bald die Höhe der Wiedergutmachungssumme kennen zu lernen. Wie ein Kaufmann nicht kalkulieren kann, wenn er nicht über die Höhe seiner Schulden im Klaren ist, ebenso wenig kann ein Staat wirtschaften, bei dem es sich doch um angeheure Milliarden handelt.

Der Gedanke der Schonfrist ist nicht ohne weiteres abzuweisen. Auch muß dabei beachtet werden,

daß Deutschland während dieser Zeit keineswegs völlig verkommen bleiben soll. Deutschland soll auch in diesen drei Jahren Leistungen und Arbeiten übernehmen, die sein eigenes Wirtschaftsleben nicht gefährden. Wie hoch sollen diese Leistungen bemessen werden? Soll Deutschland die zwei Millionen Tonnen bester Steinkohle auch während der Erholungsjahre liefern? Hier ergeben sich schon ungeheure Schwierigkeiten. Nach Ansicht der deutschen Regierung und der Sachverständigen ist die Milderung des Kostenabkommens von Spa die erste Voraussetzung für eine Wiedergesundung des deutschen Wirtschaftslebens. Sonst wären die nächsten drei Jahre keine Erholung für Deutschland, sondern der Beginn einer endlosen langen finanziellen und wirtschaftlichen Sklaverei.

Herner fordert man neue Garantien. Etwa durch Erweiterung der Besatzungszone? Aber wir wollen doch gerade durch eine Herabminderung der Besatzungstruppen und die Milderung der Besatzungslasten eine Steigerung der deutschen Leistungsfähigkeit herbeiführen. Neue Garantien bedeuten also eine neue Schwächung Deutschlands, wo bleibt da die Erholung? —

Wenn in Deutschland erträgliche Verhältnisse wiederkehren sollen, dann müssen ihm nicht nur zwei bis drei, nein — fünf und mehr Jahre Schonung gewährt werden, gleichzeitig müssen die laufenden Leistungen auf ein geringes Maß zurückgeführt werden, muß ihm durch ausreichende Kredite die Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen ermöglicht werden. Nur dann können die Alliierten hoffen, daß Deutschland seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen in gewissen Grenzen nachkommen kann.

Annahme der Beamtenvorlage.

Die Erhöhung der Kinderzulagen bewilligt.

Der Reichstag hat am Donnerstag in zweiter und dritter Lesung die Vorlage über die Erhöhung der Zulagenzuschüsse zu den Kinderbeihilfen für die Beamten erledigt. Angenommen wurden die von der Regierung gebilligten Aufschubbeschlüsse, alle darüber hinausgehenden Anträge wurden, nachdem die Regierung sie für unannehmbar erklärt hatte, abgelehnt.

Damit ist die von einem großen Teil der Presse als unabwendbar vorhergesehene Regierungskrise noch einmal glücklicherweise vermieden worden. Zunächst war die Lage allerdings ziemlich kritisch. Bis zum letzten Augenblick war es unklar, ob sich eine Mehrheit für die Beschlüsse des Ausschusses finden würde. Sowohl die Deutschnationalen, als auch die drei sozialistischen Parteien hatten Änderungsanträge eingebracht, die weit über die Zuständigkeiten der Regierung hinausgingen. Die Reichsregierung beharrte jedoch hartnäckig auf ihrem Standpunkt und erklärte alle über die von dem Ausschuss bewilligten Sätze als völlig unannehmbar. Reichsfinanzminister Dr. Brüning legte zu wiederholten Malen eingehend dar, daß die Forderungen der Oppositionsparteien in ihrer finanziellen Wirkung Milliardenbeträge ausmachen würden und daß, gleich der Reichsregierung, sich auch die Finanzminister der Länder gegen vorzeitige Erhöhungen der Zulagenzuschüsse wegen ihrer Auswirkung auf die Gehaltsforderungen der einzelstaatlichen Beamtenkategorien ausgesprochen hätten.

Zur Vermittelungsverhandlung der Regierungsparteien.

Die Situation wurde immer kritischer, da brachten die Demokraten und das Zentrum einen Vermittelungsvorschlag ein, in dem die Regierung erachtet wurde, die Auszahlung der Unterschiedsbeträge, die sich aus der Neuordnung des Ortsklassenverzeichnisses ergeben würden, noch vor Weihnachten zu veranlassen. Dies würde für Hunderttausende von Beamten ziemlich erhebliche Summen ausmachen, auf die sie nach dem Befolgungsgesetz einen Rechtsanspruch haben. Denn jenes Gesetz steht vor, daß die Neueinteilung der Ortsklassen mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1920 ab zu erfolgen hat. Ferner verlangte der Antrag eine Erhöhung der Unterschiedsmittel zur Milderung besonderer Notfälle der Beamten.

Der Finanzminister stimmte schließlich diesem Antrag bei und sagte ferner den Beamten zu, daß am 1. Januar fällige Gehalts schon jetzt zur Auszahlung gelangen zu lassen. Denn es sei, fuhr er fort, notwendig, daß die Beamten so rasch wie möglich Geld in die Hand bekommen, um die von niemandem bestrittene wirtschaftliche Notlage zu lindern.

Die Abstimmung.

Nach längerer Debatte schritt man zur Abstimmung. Der deutschnationale Antrag, aber den das Haus zuerst abstimmt, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Auch der sozialdemokratische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialisten und Kommunisten abgelehnt. Darauf wurde der Aufschubantrag mit großer Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten nur die Unabhängigen und die Kommunisten.

Der Antrag Alletotte-Dellus über die Unterschiedsbeträge und den Unterstützungsfonds wurde gegen die Kommunisten angenommen. Abgelehnt wurde der unabhängige Antrag, das Existenzminimum auf 16.500 Mark festzusetzen. Abgelehnt gegen Unabhängige und Kommunisten wurde ferner der unabhängige Antrag, der das Streikverbot der Regierung als unvereinbar mit der Verfassung erklärt. Damit war die zweite Lesung erledigt. In der dritten Lesung wurde die Besoldungsvorlage nach den von der Regierung gebilligten Aufschubbeschlüssen fast einstimmig — auch die Deutschnationalen und Mehrheitssozialisten stimmten für die Annahme — angenommen. Nur einige Linksunabhängige und Kommunisten stimmten dagegen.

Mit der Bewilligung der Kinderzulagen ist die große Notlage der Beamten gewiß nicht beseitigt, aber doch wesentlich gemildert worden. Besonders für die Beamten der unteren Besoldungsklassen bringt die Vorlage zweifellos große Vorteile, weil die Zahl der Kinder in diesen Klassen, wie statistisch feststeht, höher ist als bei den mittleren Beamten. Ferner bedeutet die Auszahlung der Unterschiedsbeträge, die sich aus der neuen Regelung des Ortsklassenverzeichnisses ergeben, namentlich für das Industriegebiet, wo infolge der raschen wirtschaftlichen Entwicklung viele Orte in höhere Stufen aufsteigen, einen ganz besonderen Vorteil für die Beamten. Schließlich ist auch die Auszahlung der zum 1. Januar 1921 fälligen Gehaltsbeträge bis spätestens zu Weihnachten für viele Beamte eine große Erleichterung.

Weitergehende Wünsche der Beamten konnten Regierung und Reichstag zurzeit nicht erfüllen, das Höchst-

maß dessen, was bei der heutigen trostlosen Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten augenblicklich bewilligt werden konnte, ist damit erreicht. Tiefer allerdings bitteren Erkenntnis wird man sich auch in den Kreisen der Beamtenschaft nicht verschließen dürfen. Bei der Beratung der Besoldungsvorlage, mit der sich ja bereits der Ausschuss beschäftigt, wird es sich indes bald zeigen, wie weit der allgemein anerkannten Notlage der Beamten im Rahmen des Möglichen noch abgeholfen werden kann.

Die deutsche Entwaffnungsnote.

Die Reichsregierung gegen die Auflösung der Selbstschutzzorganisationen.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hat an den Vorsitzenden des interalliierten Ueberwachungsausschusses des Landheeres in Berlin, General Koller, eine deutsche Antwortnote über die Einwohnerwehren und den Stand der Abrüstung gerichtet. Hinsichtlich der von den Alliierten geforderten Auflösung der Selbstschutzzorganisationen steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß eine rechtliche Verpflichtung dazu nicht besteht. Die Entscheidung über die Zulassung oder Auflösung der kleineren militärischen Charakter tragenden Selbstschutzzorganisationen ist nach der Auffassung der deutschen Regierung ausschließlich

eine innere Angelegenheit Deutschlands.

Im übrigen wird bemerkt, daß die Selbstschutzzorganisationen nur als vorübergehende Einrichtung zum Schutze der Einwohner gegen verbrecherische Elemente gedacht sind, so lange die Staatsgewalt solchen außerordentlichen Umständen selbst nicht gewachsen ist.

Die unverzügliche Entwaffnung der Einwohnerwehren ist eine von Deutschland in Spa übernommene Verpflichtung. Diese Verpflichtung zu erfüllen, läßt sich die deutsche Regierung aufrichtig mit allen Mitteln anstrengen. Die Verhältnisse sind jedoch in einzelnen Reichsteilen verschieden und lassen sich nicht überall mit dem gleichen Maße messen. Im ganzen Reich außer Bayern und Ostpreußen ist die Abrüstung der schweren Waffen der Selbstschutzzorganisationen im wesentlichen beendet. Ihre leichten Waffen werden im allgemeinen bis Ende Januar eingezogen werden. Wenn nicht ganz unerwartet Ereignisse eintreten, wird die Entwaffnung der Selbstschutzzorganisationen, mit Ausnahme der bayerischen und ostpreussischen, im Laufe des Februar völlig durchgeführt sein.

Die kommunistische Gefahr in Bayern.

In Bayern haben sich die ordnungsliebenden Elemente zu der Einwohnerwehr zusammengeschlossen, um die Wiederkehr der bolschewistischen Mordkultur zu verhindern. Die Polizei ist zurzeit in der Umbildung begriffen, die Reichswehr mit 15.000 Mann völlig unzulänglich zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die kommunistische Gefahr in Bayern sei immer noch sehr groß. Bei den letzten Reichstagswahlen wurden in Bayern über 51.000 Stimmen, davon 24.000 allein in München, für die kommunistische Partei abgegeben, die zum gewalttätigen Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung aufrufen. In den Händen der Umstürzler befinden sich noch sehr beträchtliche Waffenbestände, die von den Ausführeern im April 1919 bei der Erfassung der Kasernen erbeutet wurden.

Die deutsche Regierung steht vor der zwingenden Notwendigkeit, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Sie denkt nicht daran, sich der in Spa übernommenen Verpflichtungen zu entziehen. An die völlige Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren kann aber erst herangetreten werden, wenn es gelungen sein wird, die Entwaffnung der staatsfeindlichen Elemente so weit durchzuführen, daß die in der Einwohnerwehr vereinigten staatsverhaltenden Elemente nicht mehr zu befürchten brauchen, sich eines Tages wehrlos Ausführeern gegenüber zu sehen, die ihrerseits mit allen modernen Waffen ausgerüstet sind. Die Regierung wird mit möglicher Beschleunigung neue Maßnahmen treffen, um die geraubten Waffen ausfindig zu machen und so die Voraussetzung auch für die Entwaffnung der Einwohnerwehr zu schaffen.

Die unsichere Lage in Ostpreußen.

Die Bevölkerung der Provinz Ostpreußen ist neuerdings wieder in großer Sorge vor einem Wiederaufkommen der bolschewistischen Gefahr, zumal in der letzten Zeit von neuen Aufmarschvorbereitungen der Sowjetregierung an der litauischen Grenze berichtet wird. Sie erblickt in der vom Oberpräsidenten der Provinz geschaffenen Organisation die einzige Möglichkeit, sich für den Fall, daß die drohende Gefahr Wirklichkeit wird, vor dem Neuzugriff zu bewahren. Es läge diese Empfindung der Bevölkerung Ostpreußens noch beherzter ist es nicht angängig, die Waffen einzuziehen und zu vernichten, die zur Ausrüstung der etwa aufzustehenden Wehrmänner bereitgehalten werden. Es besteht zwar die Absicht, die Entwaffnung auch der ostpreussischen Ortswehren wenn irgend tunlich im Rahmen der allgemeinen Entwaffnungsaktion durchzuführen. Nach dem Gesagten muß aber mit der Möglichkeit einer Verzögerung gerechnet werden.

Am Schlusse der Note weist die Reichsregierung darauf hin, daß die Entwaffnung der Bevölkerung, die das Protokoll von Spa bezweckt, im wesentlichen in nächster Zeit beendet sein wird, und daß die Vorbehalte, die hinsichtlich der Waffen der bayerischen und ostpreussischen Einwohnerwehren gemacht werden, im Vergleich damit bedeutungslos sind und jedenfalls nicht militärisch als bedrohlich betrachtet werden können.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 13. Dezember 1920.

— Dem Reichstage ist eine Eingabe zahlreicher Obersekretäre zugegangen, in der sie um die Verleihung der Amtsbezeichnung „Amtmann“ an die Obersekretäre bitten.

— Beim Reichswirtschaftsministerium wird demnächst ein Ausschuss von Sachverständigen aus Handwerkerkreisen geschaffen werden.

— Eine vom Berliner Kartell der Christlichen Gewerkschaften einberufene Mitgliederversammlung, in der Reichsminister Giesberts über den Essener Kongress Bericht er-

lassen wollte, wurde durch unvorhergesehene Elemente, zum großen Teil Postaussteller, gesprengt.

— Die polnische Regierung hat jetzt nach langwieriger Verhandlung eine große Anzahl von Elbe- und Saale Schiffen, die von den Polen beschlagnahmt worden waren wieder freigegeben.

— Mittelstands-Interpellation im Reichstag: Die Deutsche Volkspartei hat im Verein mit den beiden Koalitionsparteien eine Interpellation zugunsten des Handwerks, Kleinhandels und Kleingewerbes an die Reichsregierung gerichtet, worin sie die Regierung um Erhebungen über die schwierigen Verhältnisse der Rohstoffbeschaffung, der Unstetigkeit der Marktverhältnisse usw. für den gewerblichen Mittelstand und um eine Reform ersucht, die die Pflichtzugehörigkeit zur Organisation des Handwerks im Sinne der Selbstverwaltungskörper der Verfassung stimmungsmäßig umfaßt.

— England und der neue deutsche Kreuzer. Der englische Botschafter in Berlin soll nach englischen Blättermeldungen den Auftrag bekommen, zu untersuchen, ob der jetzt vom Hauptausfluß des Reichstages bewilligte Bau eines leichten Kreuzers des Friedensvertrages entspreche. Diese Untersuchung erscheint höchst überflüssig, da der Interalliierten Marinekommission vom Reichswehrministerium bereits vor einiger Zeit mitgeteilt worden ist, daß der geplante Kreuzer sich unterhalb der im Friedensvertrage uns zugestandenen Grenze von 6000 Tonnen halten und in den Ausmaßen dieser Bewaffnung ungefähr unserem derzeitigen Kreuzer „Dresden“ entsprechen werde.

— Die Rheinprovinz an Eupen und Malmedy. Der Rheinische Provinzial-Landtag protestierte in seiner Düsseldorf Tagung gegen die unrechtmäßige Abtrennung der beiden Kreise Eupen und Malmedy vom Deutschen Reich, die als ein schwerer Verstoß gegen die Grundsätze des Völkerrechts zu betrachten sei. „Reine Macht auf Erden wird insande sein“, so heißt es in der einstimmig angenommenen Entschließung, „daß geistige und bürgerliche Band des Deutschen Reiches und der Rheinprovinz mit beiden Kreisen zu zerstören, wie es auch keiner Macht gelingen wird, die Herzen der abtrünnigen Rheinländer loszulösen von der großen Volksgemeinschaft des Deutschen Reiches.“ Auch die inner-Untrennbarkeit der Provinz mit dem Saargebiet wird in der Entschließung betont.

— Der demokratische Parteitag in Nürnberg wurde am Freitag durch die Versammlung der berufständischen Vertretungen eingeleitet. Es tagten u. a. die Organisationen der demokratischen Studenten, der Frauen, der Beamten, der Arbeitnehmer und der Angestellten, sowie des Parteiausschusses. Auf der Tagung der demokratischen Angestellten und Arbeiter sprach der Reichstagsabgeordnete Erkelenz über „Demokratie und Wirtschaft“ mit dem Ziel einer Verwandlung des Arbeitsverhältnisses aus einem Gewaltverhältnis in ein modernes Recht- und Pflichtverhältnis. Die diktatorische Beherrschung der Produktionsmittel sei zu ersetzen durch Mitberatung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betriebe und im wirtschaftsgewerblichen Verbands (Betriebsräte), Selbstverwaltung der Wirtschaft. Ferner sei der Besitz der Produktionsmittel so zu demokratisieren, daß durch die Einführung der Teilhabergesellschaft in Großbetriebe auch der Arbeitnehmer teil am Besitz erhält. — Vor den Vertretern der Handwerker, der Kaufleute und der Angestellten wurde die Gründung eines Mittelstandsausschusses der Demokratischen Partei beschlossen.

Rundschau im Auslande.

— Auf dem Flugfeld von Wiener Neustadt sind bisher 300 von den dort befindlichen 1000 Flugzeugmotoren im Auftrag der Entente zerlegt worden. Das Vorgehen der mit der Vernichtung betrauten Ententemilitärs hat unter der Arbeiterchaft große Erregung hervorgerufen.

— Preisausschreibung: Das deutsche Danzig.

— In dem neuen Volkstag gab der stellvertretende Staatspräsident Dr. Jachim eine Protesterklärung ab, in der betont wird, daß die Stadt Danzig gegen den Willen einer Bevölkerung vom Deutschen Reich losgerissen sei und unaufhebbar seine eigenen Aufgaben zu erfüllen habe. Mit dem Deutschen Reich verknüpfe die deutschen Bevölkerung Danzigs neben den wirtschaftlichen Beziehungen die Gemeinsamkeit des Blutes, der Sprache und der Kultur. Für das Verhältnis zum polnischen Staate sei grundlegend die am 15. November zwischen den beiden Staaten geschlossene Konvention. Neben dem Friedensvertrag und der Verfassung erkenne der Senat die Konvention als drittes Staatsgrundgesetz an. Offen und freimütig wolle man vor aller Welt bekunden, daß es die vornehmste und heiligste Pflicht sei, den anerkannt deutschen Charakter der freien Stadt Danzig dauernd aufrecht zu erhalten.

Locales und Provinzielles.

— S. Weissenheim, 14. Dez. Am gestrigen Abend fand in der „Linde“ eine stark besuchte Versammlung der Wahlberechtigten zur Handelskammer, der Kreise Rheingau und St. Goarshausen statt. Nach eingehender Aussprache wurde von der Versammlung mit Mehrheit für die Wahlen eine Liste von folgenden Herren aufgestellt:

Albert Sturm,
Rom.-Nat. Bachendorf,
Peter Bräuer,
Gans Krayer,
Rich. Veyssier.

Die Wahlen finden am Donnerstag Vormittag 11⁰⁰ Uhr im Rathaus in Rüdesheim Zimmer Nr. 9 statt.

— Weissenheim, 14. Dez. Wie bereits mitgeteilt, wird die Ortsgruppe Weissenheim-Johannisberg des Reichsbundes der Kriegsbefähigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer eine Weihnachtsbescherung für die Kinder der Kriegswitwen und zwar am nächsten Samstag den 18. ds. Mts. im Vereinslokal (Chr. Ober) veranstalten. Jeder hat die zu diesem Zwecke stiftungsfähigen Wohltätigkeitsveranstaltungen in Folge der hohen Unkosten nur einen sehr geringen Reinertrag gebracht. Umso dankbarer ist die Ortsgruppe all den edlen Wohltätern der armen Kriegswitwenkinder für die gespendeten Weihnachtsgeschenke, welche diesen Mittwoch und Donnerstag abgeholt werden, weshalb um gütige Bereitstellung gebeten wird. Um aber alle Kinder der Kriegswitwen bedenken zu können, wendet sich die Ortsgruppe nochmals an alle Einwohner, besonders auch an die Geschäfte und Firmen doch noch geeignete Weihnachts-

gaben wie Spielsachen Bekleidungsstücke, Konfekt etc. schenken zu wollen. Gültige Gaben wollen bis diesen Donnerstag im Vereinslokale (Chr. Oder) abgeben oder bei dem Vorsitzenden (Jof. Daniel, Bahnstr. 4) zur Abholung angemeldet werden. Der Dank der Kriegserwitwenkinder und deren schwergeprüften Mütter möge allen gütigen Spendern reicher Lohn für ihr Wohlsein sein.

Geisenheim, 14. Dez. Schlotthauer-Abend. Dem Gewerkschaftslokale Unterkingau, Sitz Geisenheim, ist es gelungen, den ehemaligen Humoristen am Mainzer Stadttheater, Herrn Fritz Schlotthauer für den 1. Weihnachtsfeiertag zu gewinnen. Wir alle haben schon von Herrn Schlotthauer gehört und auch schon gelesen, daß das Mainzer Publikum diesen Künstler sehr schätzte. Aus allen größeren Städten, in denen der Künstler gastierte wie Bremen, Berlin, Frankfurt a. M., Stuttgart usw. liegen die besten Kritiken erster Zeitungen vor. Die „Germania“-Berlin schreibt: „Berlin. Vortragsabend. — Einen schönen Abend gab Herr Fritz Schlotthauer im Saale der „Schlaraffia“. Seine Freunde, Anhänger und Verehrer hatten sich wieder zahlreich eingefunden, denn sie wissen, daß er es stets versteht, die rechten Schläger und wichtigsten Pointen zu bringen, sowie das Feuer der Begeisterung zu entzünden. So verlief denn auch der Abend in glänzender Weise. Schlotthauer rezitierte, erzählte und sang mit bekannter Meisterschaft. Die Zuhörer waren voll Dank und Freude über das Gebotene.“ Es steht somit allen Besuchern ein genussreicher Abend bevor, zumal der Eintrittspreis ein sehr mäßiger ist. Karten zu Mk. 3.50 und 2.50 sind in den durch Plakaten bekannt gemachten Verkaufsstellen zu haben.

Niedesheim, 11. Dez. Die Wahl des Landrates Dr. Mühlens wurde vom Minister des Innern bestätigt. Die Einführung durch den Regierungspräsidenten im Kreistag zu Niedesheim erfolgt am Dienstag, den 14. Dezember.

St. Goarshausen, 10. Dez. Durch Erlass der preuß. Staatsregierung vom 19. November ist der bisherige kommissarische Landrat Herr Niemojner zum Landrat des Kreises St. Goarshausen ernannt worden.

Oberlahnstein, 9. Dez. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag auf dem Güterbahnhof bei Posten 1. Zwei Erntearbeiter waren mit dem Löschen von Schlacken beschäftigt. Durch das Ubergießen der Schlacken mit Wasser wurden die beiden Arbeiter minutenlang in Wasserdampf gehüllt, sie traten etwas zurück in das hinter ihnen liegende Geleise und überhörten hierbei das Herannahen einer Rangierlokomotive. Der erste Arbeiter, der den zweiten an der Hand gefaßt hatte, wurde von der Lokomotive erfasst und mitten durch die Brust in zwei Teile zerschnitten; er war sofort tot. Dem anderen wurde das rechte Bein abgefahren.

Dillenburg, 8. Dez. Die Stadtverordneten genehmigten einstimmig die Magistratsvorlage auf Bewilligung von 1/2 Millionen Mark Zuschüssen zur Errichtung von 51 Wohnungen in 38 zu errichtenden Wohnhäusern durch den Gemeinnützigen Bauverein für den Dillkreis auf dem seither staatlichen Gelände im Mittelfeld. Zur Verzinsung und Amortisation der Schuld wird eine neue Wohnungslugssteuer bezw. Erhöhung der Realsteuern in Aussicht genommen.

Aus Stadt u. Land.

Der Erfinder der Erbsenwurst. In Dresden ist der Patentanwalt Alexander Scherke im Alter von 74 Jahren gestorben. Scherke ist Erfinder der Erbsenwurst, die im Jahre 1870-71 zum erstenmal unseren Truppen in größerem Umfange erhebliche Dienste geleistet hat.

Auffeuernde Verhaftungen in Sachsen. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Leipzig erfährt, sind am Mittwoch in Leipzig, Dresden und Chemnitz auf Anordnung der Staatsanwaltschaft zahlreiche Inhaber der angesehensten Getreidefirmen verhaftet und der Staatsanwaltschaft vorgeführt. Gleichzeitig wurden nicht nur in den Geschäftsräumen der Firmen, sondern auch in den Privatwohnungen der Inhaber Hausdurchsuchungen vorgenommen, um verdächtige Material, das etwa beiseite geschafft sein könnte, zutage zu fördern. Es handelt sich, wie dem Blatte berichtet wird, um eine Kettenhandelsangelegenheit, in die eine große sächsische Firma seit einigen Monaten verwickelt ist. Die Inhaber und Prokuristen sitzen bereits seit einiger Zeit in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft hat bisher in dieser Sache anscheinend nicht genügend Material herbeischaffen können und daher durch gleichzeitiges Vorgehen gegen zahlreiche Getreidehändler versucht, das Material zu beschaffen. Die sämtlichen Inhaber der Leipziger Firmen sind gegen Kaution auf freien Fuß gestellt worden.

Generalkrieg im Zwäcker Kohlerevier. Der am Mittwoch im Zwäcker Steinkohlerevier ausgebrochene Bergarbeiterstreik ist so gut wie allgemein; nur auf einem Schacht der Bürgergewerkschaft wird noch gearbeitet. Auch im Ragau-Deisnitzer Revier sind die Bergarbeiter fast vollständig in den Ausstand getreten. Die Kohlenarbeiter werden verrichtet. Durch den Streik werden die industriellen Betriebe bis in das Vogtland hinein in Mitleidenschaft gezogen, da sie vom Elektrizitätswerk Dörsnitz keine Kraft erhalten können. In Falkenstein können die Zeitungen nicht erscheinen.

Die Schneeschäden in Thüringen. Infolge der Schneeschäden in Gotha mußte der Straßenbahnbetrieb vollständig eingestellt werden. Dadurch, daß sich die zerstörten Telephondrähte auf die Leitungsdrahte der Straßenbahn gelegt hatten, wurden fortwährend Kurzschlüsse herbeigeführt, deren weittragende Störlinien äußerst gefährlich wurden. Der Telephonbetrieb mußte dadurch bis zur Vollendung der Aufräumarbeiten eingestellt werden. Sämtliche städtische Hören in Gotha stehen still, da die Telephondrähte auf die Hochleitungen gefallen sind. Seit Mittwoch abend hat in Thüringen neuer Schneeeis eingelegt. Die Schneehöhe beträgt 20 Zentimeter; der angerichtete Forst- und Wildschaden ist beträchtlich.

Der verlorene Vorleser. Wie der „Vorwärts“ aus Hamburg berichtet, hat der Vorstand des dortigen Schulbeirats festgestellt, daß an vielen Schulen in Hamburg weit mehr als 80 Prozent aller Schüler unterernährt sind, und er hat deshalb im Hinblick auf die Forderung der Entente auf Ablieferung von 810 000 Milchkühen das dringende Ersuchen an die Hamburger Oberschulbehörde gerichtet, dem Staat

und Reich gegenüber ihren Einfluß geltend zu machen, daß Regierung und Reichstag alles tun, die Forderung auf ein Mindestmaß herabzudrücken, damit nicht Tausende von Kindern in noch größeres Elend gestürzt werden.

Schwerer Raubüberfall in Luraufhütte. Mittwochs abend wurde das Gasthaus Biehof in Luraufhütte von ungefähr 20 Banditen überfallen. Sie drangen unter Schüssen in die Wirtschaftsräume ein und raubten Kleider, Schuhe, Wäsche und Schmuckgegenstände im Gesamtwert von 120 000 Mark außerdem 1200 Mark bares Geld. Der Haushalter holte die französische Wache der Wüstungspolizei. Inzwischen drangen die Banditen in das Haus des Partwärters Zuckow ein und raubten Wäsche und Kleider im Werte von 20 000 Mark. Beim Erscheinen der Wache flüchteten die Banditen über die polnische Grenze. Es handelt sich wie die Kriminalpolizei in Luraufhütte mitteilt hauptsächlich um gebürtige Oberschlesier, die wegen verschiedener Straftaten flüchtig sind und sich in Gelas aufhalten. Unter ihnen befand sich ein etwa 20 jähriges Mädchen, das Waffen trug.

Das falsche Hindenburg-Auto. Aus Christiana war neulich gemeldet worden, es sei dort unter ungeheurem Andrang von Neugierigen ein Auto verkauft worden, das einst Hindenburgs Wohnwagen im Besitze gewesen sei. Zu dieser Meldung schreibt Generalleutnant Hindenburg dem „Hannoverschen Kurier“ folgendes: „Ich habe niemals ein als Wohn- und Schlafzimmer eingerichtetes Automobil benutzt oder gar besessen, und mich während des ganzen Krieges nur gewöhnlicher Kraftwagen bedient.“

Ein großer Schmuggel mit kommunistischen Zeitungen nach Ungarn und nach der Tschechoslowakei. Die Wiener Polizei aufgedeckt, der von den in Wien befindlichen ungarischen Kommunisten ausgeht. Das dort erscheinende kommunistische Blatt „Proletar“ für das auch Bela Kun während seines Wiener Aufenthaltes schrieb, wurde in Wiener Zeitungen eingezogen oder in Paketen nach dem Auslande versandt.

Selbsthilfe der badiischen Mäster. Wie die Unterbadische Mästervereinszeitung (Sitz Weidenheim) der „Neuen Badischen Landeszeitung“ mitteilt, hat sie wegen der strafrechtlichen Verfolgung ihrer Mitglieder beschlossen, vom 1. Dezember ab bis auf weiteres die Mäster zu schließen. Die anderen Verbände würden diesem Vorgehen demnächst folgen.

Arbeitslosen in London. Arbeitslose haben die städtische Badeanstalt in Acton, einer Vorstadt Londons, besetzt. Demobilisierte Soldaten besetzten fünf leerstehende Häuser in Swansea. Die Polizei verhinderte die Besetzung von fünf weiteren Häusern.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 14. Dez. Der weitere Vorstand der weiteren Eisenbahnerverbände erklärte nach einem gefassten Beschlusse, die vorgenommene geringe Aufbesserung der Kinderzulagen trage den bestehenden Löhnerverhältnissen in keiner Weise Rechnung, das gilt auch für die in Aussicht stehenden gleichen oder ähnlichen Aufbesserungen der Bezüge für die Arbeiter. Der weitere Vorstand beauftragte den engeren Vorstand alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen um eine entsprechende Erhöhung der Bezüge aller Löhne und Gehälter der Arbeiter herbeizuführen. Sollte dieser Schritt zu keinem Ergebnis führen, so hat der engere Ausschuss mit den übrigen in Betracht kommenden Faktoren in Verbindung zu treten und zum geeigneten Zeitpunkt den Streik zu erklären und durchzuführen.

TU Benthien, 14. Dez. In Rattowitz wurde gestern das Kaiserdenkmal auf dem Wilhelmplatz durch Dynamit in die Luft gesprengt. Die Sprengladung war so stark, daß beide Bronzefiguren von ihrem Sockel heruntergeschleudert wurden und in Stücke gingen.

TU Kopenhagen, 14. Dez. Ein furchtbares Schiffsunglück ereignete sich in der Ostsee. Während eines Sturmes erhielt vorigen Freitag das Motorfahrzeug „Rappe“ ein Leck und ging unter. Die Frau des Kapitäns und zwei Mann der Besatzung ertranken. Die übrige Mannschaft klammerte sich an die Kommandobrücke und trieb zwei Tage umher. Infolge der ausgestandenen Leiden wurden mehrere Mann der Besatzung wahnsinnig und sprangen in die See. Erst am Sonntag wurden die Überlebenden, der Kapitän und vier Mann von dem Leuchtturmwächter in Gotland gesehen und gerettet.

TU Haag, 14. Dez. Die holländische Regierung macht bekannt, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Holland abgebrochen wurden wegen der Veranlassung des holländischen Konsul in Belgrad, die mit den internationalen Sitten und Gebräuchen nicht in Einklang stünde. Der holländische Gesandte in Belgrad wurde angewiesen nach Holland zurückzukehren und dem Jugoslawischen Gesandten im Haag wurden die Pässe zugestellt mit dem Bemerkten, daß man keinen Wert auf seinen weiteren Aufenthalt in Holland lege.

TU Warschau, 13. Dez. In einer Konferenz von Regierungsovertretern mit Berichterstattern aller größeren Zeitungen Polens erklärte der Ministerpräsident Witos u. a., daß Polen unbedingt in engerer Allianz mit seinen Freunden und Nachbarn, besonders in Handelsverträgen, eine Stütze suchen müsse. Vizepräsident Daszynski sagte, daß die Notwendigkeit eines Handelsvertrages mit Deutschland immer deutlicher hervortrete. Ueberhaupt müsse man mit Deutschland zu einem noch innigeren Austausch von Rohmaterialien kommen. Dazu seien bessere nachbarliche Beziehungen in politischer Hinsicht die notwendige Vorbedingung.

TU London, 14. Dez. Die Vorkommnisse in Cork beschäftigten die gesamte Presse, die zahlreiche Einzelheiten bringt. Das ganze Zentrum der Stadt ist zerstört. Man schätzt die Zahl der dem Feuer zum Opfer gefallenen Bauarbeiter auf 50. Da man des Feuers nicht Herr geworden ist, hat die Feuerwehr von Dublin die Befehl erhalten, nach Cork zu gehen. Der Schaden wird auf 7 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Mehr als 2000 Personen sind durch den Brand obdachlos geworden.

UU New York, 1. Nov. Nach einer aus San Salvador kommenden Nachricht wurde in Cholutica in Honduras ein Erdbeben verspürt. Besonders starke Erschütterungen wurden in Elmanega und Corinthio in Nicaragua wahrgenommen.

Lichtiger, zuverlässiger

Hofmann

für ca. 4 Morgen Weinberge gesucht.

Demselben werden Acker zum Selbstbewirtschaften unter günstig. Bedingungen in Pacht gegeben.

Wilh. Edel Erben
Markt 5.

Gold. Brille

mit abgeschliffenen Gläsern im Klappetuis am Samstag Abend in der Garderobe des Saalbau Reis

verloren

gegangen. Der Finder wird gebeten, sie in der Geschäftsstelle d. Ztg. abzugeben.

Qualitäts-Zigarren

von 65 „bis 1/3.“
Weihnachtspackungen 25 St.

E. Rischblich,
Geisenheim.

Christbäume

Große Auswahl, sind zu verkaufen bei

Franz Rückert
Winklerlandstr. 47.

Offizieren freibleibend ab Lager
Frankfurt a. M.

la. Weinbergsschweifel

(Ventilator Trezza 85/90°)

Mk. 300.— pr. Zentner br. f. netto einschl. Sacke.

Berthold Hey & Co.,

Frankfurt a. M.

Karlstraße 15.

Telefon Taunus 3076.

Telegr.-Adresse Hestrose

Frankfurt/Main.

Weinbergsschweifel

Imprägnierte u. typanisierte, sowie auch Stacheln, 1.50, 1.75, 2 Mtr. lang, Pfähle u. Baumstübe in allen Längen und Dicken bis zu 4 Mtr., alles imprägniert, billig.

Verkauf ab Lager geg. Kaffe.

G. Dillmann

vorm. Gregor Dillmann.

Kirchstr. 18. Telef. 198.

Rauchtabak

in bekannten vorzüglichen

Qualitäten von Mk. 4.—

bis Mk. 8.— 100 Gramm

E. Rischblich,

Geisenheim.

Neueholl. Salzheringe

Kieler Bücklinge

Lachs-Bücklinge etc.

Holländer, Tilster u.

Camembert-Käse

ff. Süßrahm-Margarine

ff. Kokosbutter

Gezuckerte u. ungezuckerte

Büchsenmilch

Alle Sorten Südfrüchte

Obst und Gemüse.

Frau A. Rothhaupt

Marktstraße 4.

Besuchskarten

liefert schnellstens

Buchdruckerei A. Jander.

Hotel Restaurant, Cafe

Hotel zur Linde

Telefon Nr. 205.

1892er.

Heute Abend 7 1/2 Uhr:

Zusammenkunft

im „Weissen Roß“.

Freiwillige

Feuerwehr

Geisenheim.

Sonntag, den 19. Dezember

Haupt-Übung

Antreten mittags 11 Uhr

am Spritzenhaus. Übung:

Dienstanzug und volle Ausrüstung.

Vollständiges und pünktliches

Erscheinen unbedingt erforderlich.

Das Kommando.

Reichsbund der Kriegbeschädigten,

ehemaligen Kriegsteilnehmer und

Kriegshilfsbedürftigen.

Ortsgruppe: Geisenheim-Johannenberg.

Zu der morgen Mittwoch

Abend 7 Uhr stattfindenden

Weihnachtsbesprechung

für die Johannishaus-Kinder

im Gasthaus Weis-Johannishaus

laden wir sämtliche Mitglieder

ganz herzlich ein und bitten

um zahlreiche Beteiligung.

Terminpunkt 6 1/2 Uhr am Durch-

gang.

Der Vorstand.

„Cäcilia“

Geisenheim.

Vorstand: Andr. Ober

Mittwoch Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Gleichzeitig bringen wir

unsern Sängern zur Kennt-

niss, daß ab Januar 1921

der Kunstchor „Rudolf von

Wartenberg“ (Komponist Dr.

Dege) in Übung genommen

wird und bitten wir um recht

pünktliches und zahlreiches

Erscheinen. Der Vorstand.

Gesangverein

Lieder-

kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollständiges und pünktliches

Erscheinen erforderlich.

Der Dirigent.

Stenographen-Verein

„Stolze-Schren“

Geisenheim a. Rh.

Montag und Mittwoch

Abend 7 Uhr:

Anfänger-Unterricht.

Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr:

Abend

für die aktiven Mitglieder in

der Gewerkschule.

Um vollständiges Erscheinen

bittet Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.

Der Vorstand.



Statt besonderer Anzeige.

Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, dass es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsere innigstgeliebte Schwester, Schwägerin und Tante

Fräulein Katharina Welz

Lehrerin a. D.

im 64. Lebensjahre, heute Morgen 10 Uhr nach kurzem Leiden zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Josef Welz, Architekt.

Geisenheim, Berlin, Coblenz-Neuendorf, Camberg, Niederwalluf,
den 12. Dezember 1920.

Die Beerdigung findet am Mittwoch Nachmittag 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, das Seelenamt am gleichen Tage morgens 7 $\frac{1}{4}$ Uhr statt.

Nachruf.

Gestern starb unerwartet nach kurzer Krankheit

Fräulein Lehrerin a. D. Katharina Welz,

Die Verewigte war von 1878 bis 1915 als Lehrerin an unserer Volksschule tätig. Sie war die erste Lehrerin in Geisenheim und hat ihre Tätigkeit nur unserer Stadt gewidmet. Das Andenken der geschätzten und erfolgreichen Lehrerin und Erzieherin wird bei uns, bei der ganzen Bürgerschaft und besonders bei ihren zahlreichen Schülerinnen stets in Ehren gehalten werden.

Geisenheim, den 13. Dezember 1920,

Die Schuldeputation: Das Lehrerkollegium:
Stahl, Bürgermeister. Jansen, Rektor.

Carbolineum

beste Friedensqualität
G. F. Dilonenzi
Telefon 134.

Günstiger Weihnachtseinkauf

Emaillwaren **50%** billiger
wie seither

Zinkwaren **100%** billiger
wie seither

Warenhaus Carl Kittel.

Sonntags vor Weihnachten von 11—6 Uhr geöffnet.

Bekanntmachung.

Anordnung betreffend Getreideausbruch.

Auf Grund des § 5 Abs. 3 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vom 21. Mai 1920 werden die mit dem Getreideausbruch noch rückständigen Landwirte hiermit aufgefordert, ihr Getreide bis zum 20. Dezember 1920 auszubringen.

Zu widerhandlung bzw. Nichtbefolgung dieser Anordnung wird nach § 80 Absatz 12 der Reichsgetreideordnung bestraft.

Geisenheim, den 7. Dezember 1920.

Der kommissarische Landrat.

Wird veröffentlicht.

Geisenheim, den 14. Dezember 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Bekämpfung der Stilklaus, des sehr gefährlichen Feindes unserer Obstbäume, wird die Befreiung der befallenen Stellen im Sommer mit einer 10%igen Parzölseifen-Lösung (10 Liter Parzölseife zu 100 Liter Wasser) und im Winter mit einer 15%igen Carbolineum-Lösung (15 Liter Carbolineum zu 100 Liter Wasser) empfohlen. Bei der Winterbehandlung dürfen die Knospen nicht mit bestrichen werden.

Nichtbefolgung der vorstehenden Anordnung wird auf Grund der Polizeiverordnung vom 14. Februar 1920 bestraft. Außerdem werden Säumige mittelst polizeilicher Zwangsverfügung angehalten, die getroffenen Maßnahmen auszuführen, andernfalls die Arbeiten auf ihre Kosten vorgenommen werden.

Geisenheim, den 11. Dezember 1920.

Die Polizeiverwaltung. Stahl.

Bekanntmachung

Am Donnerstag den 16. und Freitag den 17. d. M. bleibt die Stadtkasse geschlossen.

Geisenheim, den 14. Dezember 1920.

Die Stadtkasse. Wilhelm.

Als vorteilhafte Weihnachtsgeschenke

empfehle

Fleischhacker, verzinkt . . . M. 45.—

emailliert . . . 48.—

Reibmaschinen von M. 38.— an

Kaffeemaschinen Ia. Wert . . . 21.—

Zellerwagen . . . 38.—

Brotkasten . . . 28.—

Kaffee- u. Zuckerboxen schöne Delores Paar 11.50

Wärmflaschen von M. 9.75 an

Rohlenfüller extra schwer, 50 cm hoch 18.75

Karl Kittel

Sonntags vor Weihnachten v. 11-6 Uhr geöffnet.

Für die

Handelskammer- Wahlen

bitten wir die von den Wahlberechtigten mit Mehrheit aufgestellte Liste mit den Namen:

Albert Sturm

Rom.-Rat Wachendorf

Peter Breuer

Hans Kraner

Richard Lenjieser

zu wählen und sich nicht durch eine von einer Minderheit aufgestellte Liste beirren zu lassen.

Im Auftrage mehrerer Wähler:

Dr. Walter Sturm

Karl J. Schulz.

Stenographie „Gabelsberger“ Ueberlebt

hat sich das „Schlagwort“ von der „leichten Erlernbarkeit“ irgend eines Stenographie-Systems, wie die Tatsache tagtäglich beweist,

darum erlernt

die altbewährte, künftige deutsche Einheits-Stenographie

„Gabelsberger“

Stenographenverein Gabelsberger Geisenheim.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu der am Dienstag den 14. Dezember, 8 Uhr abends, im Gasthaus Ober (Römerberg) stattfindenden ersten

ordentlichen Generalversammlung

höflichst ein.

Tagesordnung:

1. Bericht über die leiberrige Vereinsstätigkeit.
2. Kassenbericht.
3. Festlegung der Vereinsstatuten.
4. Neuwahl des Vorstandes.
5. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen bitten wir um zahlreiches Erscheinen.
Der Vorstand.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkeler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Elektrische

Bügeleisen

erstklassiges Fabrikat, empfehlen als

passendes Weihnachts-Geschenk

Rheingau Elektrizitätswerke

A.-G., Eltville a. Rh.

Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506
empfehlen alle

Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmaschinen, Fassalg, Fasskitt, Hausenblase, Gelatine, Spunden, Spundlappen, Fassbleche, Fass- und Flaschenbürsten, Filtriermaterial etc.

Drucksachen

liefert schnellstens die Buchdruckerei Arthur Jander.

Extra-Angebot = Weihnachten

Gummi-Bälle

in allen Farben und Größen 25% billiger
wie seither.

Mundharmonikas für Kinder

von 75 Bg. bis 5.— M.

Ia. Mundharmonikas für Spieler

mit echten Messingplatten

von M. 7.— bis 29.—

Kinos von M. 18.75 bis M. 195.—

Dampfmaschinen von M. 35.— bis M. 175.—

Karl Kittel

Sonntags vor Weihnachten v. 11-6 Uhr geöffnet